



## SO WOLLEN WIR DIE NRW-ARBEITSPOLITIK WEITERENTWICKELN

**D**ie Langzeitarbeitslosigkeit steigt. Prekär Beschäftigte werden noch weiter an den Rand gedrängt oder werden arbeitslos. Geringqualifizierte sind noch häufiger von Entlassungen betroffen. Wie soll es nach der Pandemie mit dem Arbeitsmarkt in NRW weitergehen? Eine Frage, die vor allem wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten beantworten müssen.

Die Corona-Krise muss ein Wendepunkt für die Wirtschafts- und Arbeitspolitik in Nordrhein-Westfalen sein. Die Pandemie hat Entwicklungen beschleunigt, die wirtschaftlich, politisch und gesellschaftlich schon vor der Corona-Krise angelegt waren. Es gibt neue Arbeitsbeziehungen, einen enormen Digitalisierungsschub und einen neuen Blick auf die Bedeutung des Staates für Innovation, Wachstum und Vollbeschäftigung.

Die fortschreitende Digitalisierung von Handel und Produktionsprozessen verlangt eine neue Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. Der auch ökonomisch notwendige Wandel zu einer klimaneutralen Industrie hat nichts an seiner Dringlichkeit verloren. Im Gegenteil. Gleichzeitig hat die Pandemie die Ungleichheit auf dem Arbeitsmarkt verstärkt. Unterbezahlung und mangelnde soziale Sicherheit von Berufen sind offenkundig geworden.

Die sozialen Standards müssen verbessert werden. Es braucht jetzt gute Arbeitsbedingungen, bessere Löhne und Mitbestimmung mehr denn je. Damit Hoffnungen wieder stärker Realität werden können.

Um diese Ziele zu erreichen, braucht Nordrhein-Westfalen einen sozialen Neustart. Dafür möchten wir drei Offensiven starten.



Mit der **Offensive „Sozial, digital, klimaneutral: Fortschritt für NRW“** wollen wir einen Stabilitätsfonds in Höhe von 30 Milliarden Euro für Klimaschutz und Beschäftigung einrichten. Damit werden Eigenkapital und Investitionen von Unternehmen in klimaneutrale Geschäftsmodelle gestärkt. In allen NRW-Kommunen sollen Ansätze der lokalen Energiewende nach dem Vorbild der „Innovation City“ Bottrop vorangetrieben werden. Die nachhaltige Wärmeversorgung soll ausgebaut werden.



Wir starten die **Offensive „Mitbestimmungsland NRW“**. Dazu sollen über ein Landesprogramm Betriebsratsgründungen in NRW gefördert werden, ganz besonders im Dienstleistungsbereich und in Branchen mit hohem Frauenanteil. Im Bund stärken wir die Rechte von Betriebsrät\*innen. Beim Arbeitsschutz schaffen wir 1000 neue Stellen. Wir setzen uns für eine Ausbildungsplatzgarantie ein. Das Arbeits- und Sozialrecht muss an den digitalen Wandel angepasst werden – mit klaren Regeln fürs Homeoffice.



Durch die **Offensive „Respekt und Leistungsgerechtigkeit NRW“** koppeln wir die Vergabe von öffentlichen Aufträgen und Fördermitteln an die Einhaltung von Mitbestimmung und Tarifverträgen. Flächendeckende Tarifverträge müssen weiter gestärkt werden. Wir brauchen im Land ein „Bündnis für Tariftreue“ und bundesweit muss ein flächendeckender Mindestlohn von mindestens 12 Euro pro Stunde gelten. Der soziale Arbeitsmarkt muss weitergeführt und weiterentwickelt werden. Erziehungs- und Pflegeberufe müssen materiell deutlich aufgewertet werden. Und unser Versprechen gilt: Die Grundsicherung wird grundlegend überarbeitet und zu einem Bürgergeld entwickelt. ■

# NRWSPD WÄHLT LANDESLISTE –

**ROLF MÜTZENICH UND SVENJA SCHULZE AUF DEN ERSTEN BEIDEN PLÄTZEN**

**155** Tage vor der Bundestagswahl am 26. September 2021 haben 450 Delegierte der NRWSPD die Landesliste aufgestellt. Die Veranstaltung fand coronabedingt zum größten Teil digital statt. Live am Veranstaltungsort in Duisburg waren am 24. April neben Generalsekretärin Nadja Lüders, die die Veranstaltung moderierte, noch Thomas Kutschaty, Vorsitzender der NRWSPD, und Rolf Mützenich, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bundestag. Die Landesgeschäftsstelle stellte den reibungslosen Ablauf der technisch aufwendigen Veranstaltung sicher.

Auf Listenplatz eins wählten die Delegierten mit rund 97 Prozent der digitalen Stimmen Rolf Mützenich aus Köln. Er ist seit 2019 SPD-Fraktionsvorsitzender im Deutschen Bundestag. Interessierte konnten die gesamte Konferenz über einen Livestream verfolgen und so hagelte es kurz nach der Bekanntgabe des Wahlergebnisses Glückwünsche im Netz. Die Reaktionen sind eindeutig, Rolf Mützenich hat Rückenwind aus NRW.



Für sein starkes Ergebnis bedankte sich der Kölner: „Wir zeigen Selbstbewusstsein, Überzeugung und Solidarität. Und wir zeigen es vor allem für die Menschen, die nicht immer auf der Sonnenseite des Lebens sind. Dafür treten wir gemeinsam mit Olaf Scholz an, unserem Kanzlerkandidaten.“

Ihm folgt auf Listenplatz zwei Bundesumweltministerin Svenja Schulze. Die Münsteranerin erhielt gut 84 Prozent der Stimmen. Svenja Schulze stimmte in ihrer Rede auf den anstehenden Bundestagswahlkampf ein: „Nur mit einem starken Ergebnis in Nordrhein-Westfalen kann Olaf Scholz Kanzler werden. Dafür werden wir in den kommenden fünf Monaten kämpfen.“



Kanzlerkandidat Scholz wendete sich per Videobotschaft auch selbst an die Delegierten aus Nordrhein-Westfalen: „Dieses Land muss von Anerkennung getragen werden für die Leute, die jeden Tag für uns alle arbeiten. Dafür stellen wir jetzt die Weichen.“

Dafür wählten die Delegierten eine Landesliste von 82 Personen mit den verschiedensten beruflichen Hintergründen aus allen Ecken NRW. So kandidieren in NRW unter anderem eine ehemalige Altenpflegerin, ein Rettungsassistent, eine Journalistin und ein Feuerwehrmann für den Bundestag. Die Erfahrungen aus ihrem beruflichen Alltag können sie im Bundestag nutzen, um gute Politik von morgen zu machen, die Deutschland gesamtgesellschaftlich weiterbringt und niemanden zurücklässt. Alle Kandidierenden der NRWSPD für die Bundestagswahl im September sind online zu finden unter [www.nrwspd.de/btw21/](http://www.nrwspd.de/btw21/).

Ähnlich wie beim Landesparteitag Anfang März wurde diese Landesdelegiertenkonferenz als hybride Digitalveranstaltung durchgeführt, bei der nur wenige Personen unter strenger Einhaltung eines Hygiene- und Testkonzeptes an der Aufzeichnung in einem Duisburger TV-Studio beteiligt waren. ■



## SONDERAUSGABE 3 X KURZ UND KNAPP „2 X KURZ UND KAMPMANN“



Christina Kampmann ist Landtagsabgeordnete in NRW und seit Oktober 2020 auch Mutter von Zwillingen. Im Interview spricht sie über die Herausforderungen, die es mit sich bringt gleichzeitig Mutter und Politikerin zu sein und was sich ändern muss, damit die Politik familienfreundlicher wird.

**Deine Zwillinge haben inzwischen sogar schon den Landtag besucht. Wie groß bleibt die Herausforderung, Beruf und Kinder miteinander zu vereinbaren?**

Die Herausforderung ist auch heute noch groß. In der Politik, wo es keine Elternzeit gibt und es gleichzeitig an Betreuungsmöglichkeiten vor Ort fehlt, genauso wie in vielen anderen Berufen. Kindern und Job gleichzeitig gerecht zu werden, bleibt eine große Aufgabe, deshalb ist es wichtig, politisch alles dafür zu tun, dass Familien dieser Alltag erleichtert wird. Beim Landtagsbesuch mit Zwillingen fängt das schon bei der Bahnfahrt an, denn Zwillingenkinderwagen sind in Zügen nicht wirklich vorgesehen.

**Welche Veränderung würdest du dir dafür in den Parlamenten wünschen und warum ist das in Bezug auf Parität so wichtig?**

Ich wünsche mir, dass es mehr Parlamente gibt, in denen eine elternzeitähnliche

Regelung wie in Baden-Württemberg Geltung findet. Gerade wenn man alleinerziehend ist, ein Kind vielleicht eine Behinderung hat oder man mehr als ein Kind bekommt, dauert es einfach, bis sich alles eingespielt hat und braucht seine Zeit. Außerdem benötigen wir mehr Betreuungsmöglichkeiten vor Ort. Während sich kurze Termine mit einem Kind vielleicht noch irgendwie bewältigen lassen, wird es darüber hinaus recht schwierig. Wenn wir mehr junge Frauen für Politik begeistern wollen, brauchen wir familienfreundlichere Parlamente!

**Elternwerden verändert manchmal die Perspektive – hat sich auch dein Blick auf die Politik durch deine Kinder verändert?**

Auf jeden Fall! Man bekommt ein anderes Gefühl für die Bedürfnisse von Familien und Kindern, wenn man selbst tagtäglich mit diesen Herausforderungen konfrontiert ist. Gerade deshalb ist es so wichtig, dass Politik von allen Generationen gemacht wird. ■

## WARUM ENGAGIEREN SICH MENSCHEN IN DER SPD?

# ZWEI GENOSS\*INNEN ERZÄHLEN, WESHALB SIE IN DIE PARTEI EINGETRETEN SIND.



Foto ©: Kirsty Saretzki



Vor Bundestagswahlen treten viele Menschen in die SPD ein. Was hat sie vor vier Jahren bewegt, sich für eine starke Sozialdemokratie zu engagieren? Was bewegt sie heute? Wir haben mit zwei von ihnen gesprochen.

**A**licem Polat trat am Abend der Bundestagswahl 2017 in die SPD ein. Er wurde in Bergisch Gladbach geboren, wohnt heute in Köln. Bei seinem Eintritt ist er gerade 19. Es ist die erste Bundestagswahl, bei der er seine Stimme abgeben darf. In den Monaten davor beschäftigt er sich intensiv mit den Wahlprogrammen: Welche Visionen haben die Parteien? Was passt am besten zu mir?

Bei ihm zu Hause wurde oft und intensiv über die deutsche Politik diskutiert – vielleicht gerade, weil seine Eltern als türkische Staatsbürger selbst nicht wählen durften. Dadurch haben sie oft das Gefühl, nicht Teil des politischen Miteinanders sein zu können. „Sie hören uns, aber sie sehen uns nicht“. Auch darüber sprechen sie miteinander.

Am Tag vor der Entscheidung hört er Schulz auf dem Heumarkt zu. Seine Worte berühren ihn. Die Botschaft: Ein gerechteres Deutschland ist möglich. Das sieht er genauso. Unsere Gesellschaft ist in der Lage dazu. Auch das Erstarren der AfD braucht ein Gegenhalten. „Wenn wir nicht wollen, dass solche Gedanken wieder salonfähig werden, müssen wir etwas dagegen tun“, so Alicem. Also entscheidet er sich, nicht nur wählen zu gehen, sondern selbst aktiv die Politik mitzugestalten – im Ortsverein, bei den Jusos und seit diesem Jahr als stellvertretender Bezirksbürgermeister. Eine bessere Zukunft fängt vor der eigenen Haustür an.

Beate Wolff-Kaminski ist seit kurzem dabei. Mit ihrem Mann und ihrer Tochter lebt sie an der Nähe der niederländischen Grenze in Gronau-Epe. Sie ist Bibliotheksfachangestellte und arbeitet dort in einer Zweigstelle der städtischen Bücherei.

Warum sie mit 51 Jahren in die SPD eingetreten ist? Sie lacht. Sie hat jetzt mehr Zeit. Ihre Tochter ist mit 17 fast erwachsen und braucht sie jetzt nicht mehr so wie früher. Außerdem möchte sie ihre Heimat mitgestalten, nicht nur abwarten, sondern selbst aktiv werden. Warum die SPD? Die SPD in Gronau sei sehr aktiv, kümmere sich, versuche Dinge zu verbessern. Auch für die Jugendlichen, die dort wenig Freizeitmöglichkeiten haben. Die SPD unterstützt die Idee, eine Mountainbike-Strecke zu bauen. Außerdem mag sie die Menschen, die sich in Gronau bei der SPD engagieren. Das ist die richtige politische Heimat für sie.

Auch die Themen, für die die SPD eintritt, sind ihr wichtig. Alles werde teuer. Das müsse aufgefangen werden. Deshalb sei der Mindestlohn notwendig, genauso wie Mieten, die man sich auch leisten kann. Selbst auf dem Land würden die Mieten explodieren und auch dort könne man soziale Ungleichheit sehen. Sie freut sich auf ihr erstes persönliches Treffen mit dem Ortsverein. Es gibt viel zu tun. ■

## IMPRESSUM

### HERAUSGEBER:

Nadja Lüders, SPD-Landesverband NRW  
Werdener Straße 4, 40227 Düsseldorf

### REDAKTION:

Marcel Atoui, Lukas Günther,  
Jörg Holtkamp, Nele Peifer,  
Julia Schöndienst, Christiane Spittel

**E-MAIL:** vorwaerts@nrwspd.de

**INTERNET:** www.nrwspd.de